Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 M., mit Landbriefträgergeld 2 M. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 21. November 1884. Nr. 546.

Die Cholera.

Ueber die bereits gemeldete Verfügung des rumänischen Sanitätsrathes in Sachen des zwischen Paris und Konstantinopel verkehrenden Blitzuges, telegraphirt man aus **Wien** die folgenden Details: Der Zug darf wegen der Cholerагefahr Rumänien nicht mehr passiren. An der rumänischen Grenzstation Verciorova werden die Reisenden sammt Gepäck desinfizirt und müssen dann mit den rumänischen Bahnen die Reise fortsetzen. In Oesterreich werden alle aus Paris Ankommenden nicht blos ärztlich untersucht, sondern auch drei Tage lang ärztlich überwacht.

* * *

Wie man aus **San Remo**, 17. November, schreibt, ist die vielfach verbreitet gewesene Nachricht, daß Spanien und Italien die Quarantäne an der Grenze wiederhergestellt haben, soweit sie Italien betrifft, unrichtig. In Italien finden keine Belästigungen des reisenden Publikums, weder an der französisch-italienischen, noch sonst wo an der italienischen Grenze von Seiten der italienischen Regierung oder von Seiten der Munizipien statt.

Die Eröffnung des Reichstages.

Die erste Session der neuen Legislaturperiode des Reichstages ist heute Mittag $1^1/_2$ Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses durch Se. Majestät den Kaiser in Person eröffnet worden. Für die evangelischen Mitglieder war ein Gottesdienst im Dom, für die katholischen in der Hedwigskirche vorangegangen. Durch die Theilnahme des Monarchen erhielt der sonst etwas nüchterne Akt ein feierliches Gepräge. An den Eingängen zum weißen Saale waren Mannschaften der Schloßgarde postirt, stattliche Gestalten, welche sich in den alterthümlichen friedericianischen Uniformen mit den hohen Blechmützen vortrefflich ausnahmen. Zahlreicher als sonst waren die Abgeordneten zu dem Akte erschienen, etwa 200 Mitglieder aus allen Fraktionen, die Sozialdemokraten etwa ausgenommen, bildeten die Versammlung. Die Uniform herrschte überwiegend vor; von der einfach schlichten des Landwehr-Lieutenants bis zur blitzenden des Generals und dem goldstrotzenden Amtskleide des Ministers war sie vertreten, und das gewährte dem Bilde einen Farbenreichthum, der ihm sonst zu fehlen pflegt.

Um $1^1/_2$ Uhr erschienen, geführt von dem Fürsten Bismarck und dem baierischen Bundesbevollmächtigten Freiherrn v. Lerchenfeld, die Mitglieder des Bundesraths und nahmen zur Linken des unverhüllten, purpurdrapirten Thronsessels in der Weise Aufstellung, daß immer auf einen preußischen Bevollmächtigten ein solcher der anderen Staaten folgte. Fürst Bismarck ging darauf, den Kaiser zu benachrichtigen, daß Alles zu seinem Empfange bereit sei, und bald verkündete das dreifache Pochen des Hofmarschallamts das Nahen des Monarchen. Als er den Saal betrat, begrüßte ihn ein dreimaliges, vom Grafen Moltke ausgebrachtes Hoch der Versammlung.

Hinter dem Kaiser schritten der Kronprinz, Prinz Wilhelm, Prinz Friedrich Karl, Prinz Albrecht und Prinz Georg, sowie eine zahlreiche Suite von Generalen und Adjutanten. Mit erfreulicher Leichtigkeit erstieg der Kaiser die mit purpursammtenem Teppich belegten Stufen des Thrones, während die Prinzen und das Gefolge sich zu seiner Rechten aufstellten, auf den Stufen zunächst dem Kaiser der Kronprinz. Dreimal verneigte sich der Kaiser huldvoll vor der Versammlung, bedeckte das Haupt mit dem Helme, nahm dann aus den Händen des sich tief verbeugenden Reichskanzlers die blaue Mappe entgegen, welche die Thronrede enthielt, und verlas dieselbe wie folgt:

Geehrte Herren!

Ich freue Mich, daß es Mir vergönnt ist, Sie Selbst zu begrüßen, und heiße Sie im Namen der verbündeten Regierungen willkommen.

Es gereicht Mir zu besonderer Genugthuung, daß die Wünsche, welche Ich in Meiner Botschaft vom 17. November 1881 an dieser Stelle kundgegeben, seitdem auf dem Wege zu ihrer Erfüllung wesentlich Fortschritte gemacht haben; Ich entnehme daraus am Abend Meines Lebens die Zuversicht, daß der stufenweise Ausbau der begonnenen Reform schließlich gelingen und für den inneren Frieden im Reiche die Bürgschaften herstellen werde, welche nach menschlicher Unvollkommenheit erreichbar sind.

Unsere nächsten Schritte in dieser Richtung werden in der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Landwirthschaft und des Transportwesens und in der Erweiterung der Sparkasseneinrichtungen bestehen, wofür die Vorlagen Ihnen zugehen werden.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für das nächste Rechnungsjahr wird Ihnen unverweilt vorgelegt werden. Die Fortentwickelung der Einrichtungen des Reiches bedingt naturgemäß ein Anwachsen seiner Ausgaben. Sie werden hierin mit Mir eine Mahnung erkennen, neue Einnahmequellen für das Reich zu erschließen. Der Versuch, der Rübenzuckersteuer im Wege der Reform höhere Reinerträge abzugewinnen, wird für jetzt durch die Nothlage der betheiligten Industrie und der in Mitleidenschaft stehenden Landwirthschaft erschwert.

Die Herstellung des einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes im Reich ist durch Verständigung mit der freien Hansestadt Bremen vorbereitet und wird die Bewilligung eines Betrages Ihnen zur Beschlußnahme vorgelegt werden.

Im Anschluß an den revidirten Gesetzentwurf wegen Subventionirung unserer Dampfschifffahrt werden Ihnen Mittheilungen über die unter den Schutz des Reichs gestellten überseeischen Ansiedelungen und die darüber gepflogenen auswärtigen Verhandlungen zugehen. Wenn diese Anfänge kolonialer Bestrebungen nicht alle Erwartungen, die sich daran knüpfen, erfüllen können, so werden sie doch dazu beitragen, durch Entwickelung der Handelsverbindungen und durch Belebung des Unternehmungsgeistes die Ausfuhr unserer Erzeugnisse dergestalt zu fördern, daß unsere Industrie zu lohnender Beschäftigung ihrer Arbeiter befähigt bleibt.

Im Einverständniß mit der französischen Regierung habe Ich Vertreter der meisten seefahrenden Nationen hierher eingeladen, um über die Mittel zu berathen, durch welche der Handel mit Afrika gefördert und vor Störungen durch internationale Reibungen gesichert werden kann. Die Bereitwilligkeit der betheiligten Regierungen, Meiner Einladung zu entsprechen, ist ein Beweis der freundschaftlichen Gesinnung und des Vertrauens, von welchem alle Staaten des Auslandes dem deutschen Reiche gegenüber erfüllt sind. Diesem Wohlwollen liegt die Anerkennung der Thatsache zu Grunde, daß die kriegerischen Erfolge, die Gott uns verliehen hat, uns nicht verleiten, das Glück der Völker auf anderem Wege als durch Pflege des Friedens und seiner Wohlthaten zu suchen. Ich freue Mich dieser Anerkennung, und insbesondere darüber, daß die Freundschaft mit den, durch die Tradition der Väter, durch die Verwandtschaft der regierenden Häuser und durch die Nachbarschaft der Länder Mir besonders nahestehenden Monarchen von Oesterreich und Rußland durch Unsere Begegnung in Skierniewice der Art hat besiegelt werden können, daß Ich ihre ungestörte Dauer für lange Zeit gesichert halten darf. Ich danke dem Allmächtigen Gott für diese Gewißheit und für die darin beruhende starke Bürgschaft des Friedens.

* * *

Mit lauter im ganzen Saale vernehmlicher Stimme hatte der Kaiser gelesen. Die Versammlung hörte ehrfurchtsvoll zu, die Stellen, welche der Hoffnung auf Herstellung der Bürgschaften für den innern Frieden Ausdruck gaben, die Erwähnung der Kongokonferenz, wie auch namentlich die warme Betonung der freundschaftlichen Beziehung zu Oesterreich und Rußland und der Sicherung eines ungestörten Friedens auf lange Zeit hinaus, riefen einen lebhafteren Beifall hervor, als sonst das Zeremoniell bei Anwesenheit des Kaisers zu gestatten pflegt.

Als der Kaiser geendet, nahm der Reichskanzler wieder die Mappe entgegen und erklärte auf Befehl des Kaisers und im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet. In das von dem baierischen Bevollmächtigten ausgebrachte Hoch auf den Kaiser stimmte die Versammlung begeistert ein. Der Kaiser schritt darauf die Stufen zum Throne wieder herab. Als er auf der letzten angelangt war, glaubte er, da sich der Teppich etwas verschoben hatte, bereits in der Ebene des Saales zu stehen, er strauchelte beim weiteren Heruntertreten, hielt sich aber erfreulicherweise kräftig aufrecht; — ein Moment, der, so kurz er war, doch eine augenblickliche unsagbare Bestürzung, und als die Gefahr des Gleitens beseitigt, eine um so herzlichere und dankbare Freude hervorrief. Der Kaiser verneigte sich darauf freundlich lächelnd gegen die Versammlung und verließ, wiederum gefolgt von den Prinzen und deren Gefolge, den Saal, der sich darauf langsam leerte.

Auf den Tribünen hatte ein zahlreiches Publikum der Feierlichkeit beigewohnt. In der Diplomaten-Loge waren einige Vertreter fremder Mächte und viele Damen erschienen.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 20. November.

Am Tische des Bundesraths: Staatsminister v. Böttlicher.

Abg. Graf **Moltke** besteigt um 3 Uhr den Präsidentensitz und eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: „Nach § 1 der Geschäftsordnung übernimmt das älteste Mitglied des Hauses vorläufig die Führung der Geschäfte. Ich bin im Jahre 1800 geboren; wenn sich Niemand meldet, der älter ist, so liegt es mir ob, das Alterspräsidium zu übernehmen und die Sitzung zu eröffnen. — Ich bitte die Abgg. Graf Kleist-Schmenzin, Graf Adelmann, Dr. Meyer (Jena) und Hermes vorläufig als Schriftführer zu fungiren und den Namensaufruf zu vollziehen."

Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 269 Mitgliedern, das Haus ist also beschlußfähig.

Eingegangen sind: Entwurf betr. Feststellung eines Nachtragsetats pro 1884/85, betr. die Kontrolle des Reichshaushaltsetats, betr. Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine und des Heeres und der Reichshaushalt pro 1885/86.

Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr, Präsidentenwahl.

Schluß $3^3/_4$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 20. November. Der nächstjährige Militäretat gewährt eine Reihe von authentischen Aufschlüssen über die in der **preußisch-deutschen Armee** im Verlaufe des gegenwärtigen Etatsjahres schon stattgehabten oder für die nächste Folgezeit beabsichtigten Veränderungen. Ein besonderes Interesse beanspruchen dabei die an der deutschen Ostgrenze theils erfolgten, theils noch bevorstehenden Truppendislokationen. Dieselben umfassen nach den betreffenden Spezialangaben die Verlegung eines Kavallerieregiments und eines Jägerbataillons nach Allenstein, die je eines Infanteriebataillons nach Ortelsberg, Osterode, Soldau und Tilsit, die Verstärkung der bisher aus einer Eskadron des Ulanen-Regiments Nr. 8 bestehenden Garnison von Riesenberg um zwei weitere Eskadrons, denen in Stallupönen noch zwei Eskadrons hinzutreten. Endlich werden noch verlegt zwei Infanterie-Bataillone nach Lyck und treten der Garnison von **Thorn** hinzu das **Pionier-Bataillon Nr. 2**, das **bisher in Stettin garnisonirte**, und ein Kavallerie-Regiment. Der Truppenbelegung der ostpreußischen Grenzgebiete werden somit also fernerhin sechs Infanterie-Bataillone, je ein Jäger- und ein Pionier-Bataillon und 14 Eskadrons zuwachsen, womit im Anschluß an die schon vorhandenen Grenzgarnisonen ein ausreichender Grenzschutz jedenfalls als gesichert erachtet werden kann. Neu ist die Forderung von Errichtung besonderer Landwehrinspektionen, welche für das 1. und 2. Armeekorps mit dem Sitz in Königsberg und Bromberg in Aussicht genommen sind. Die Kavallerie des 1. Armeekorps soll ferner einem Divisionsverband unterstellt werden. Die Erhöhung der Geschützzahl von vier auf sechs Geschütze hat bei 16 Feldbatterien stattgefunden, welche vier Armeekorps angehören. Es treten dazu noch die reitende Batterie, bei denen die gleiche Erhöhung schon vor mehreren Jahren erfolgt ist, so daß zur Zeit 21 resp. 23 Feldbatterien diesen erhöhten Geschützstand schon auf dem Friedensfuß besitzen. Für Kasernenbauten finden sich dem nächstjährigen Etat 13,875,265 Mark eingestellt. Die ursprüngliche Forderung für die Kasernirung der gesammten Truppenkörper des Reichsheeres bei Einbringung des Kasernirungsgesetzes im Jahre 1876 betrug 175,223,011 M. Seit lange gilt es jedoch als feststehend, daß die damals beanspruchte Summe für den gedachten Zweck nicht entfernt ausgereicht haben würde, und kann dementsprechend jetzt, wo man sich seit 1878 für ein allmäliges Vorgehen mit dem Bau neuer Kasernen entschieden hat, noch für Jahrzehnte hinaus in jedem Militäretat die Beanspruchung einer ähnlichen und gelegentlich vielleicht noch höheren Summe als in dem nächstjährigen Etat mit Bestimmtheit erwartet werden.

— Ueber das für die **sozialdemokratische** Partei so günstige **Wahlresultat** äußert sich das offizielle Organ derselben, der „Sozialdemokrat":

„Ja, es ist richtig, die 600,000 Wähler, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben, die Vertreter derselben in einer Zahl, wie nie zuvor, in den Reichstag entsendet, legen unserer Partei auch größere Verpflichtungen auf, haben ein Recht, von ihr zu verlangen, daß ihre Abgeordneten die Macht, die sie in ihre Hände gelegt, auch zweckentsprechend benutzen. Unsere Partei hat die moralische Pflicht, nicht in abwartender Haltung zu verharren, sondern den realen Bedürfnissen ihrer Wähler durch die That Rechnung zu tragen. Jeder Einzelne von uns ist sich dieser Konsequenz unseres Wahlsieges bewußt, und daß unsere Abgeordneten nicht gewillt sind, sich dieser Verpflichtung zu entziehen, werden Freund und Feind unserer Partei bald genug erfahren. Wenn es wahr ist, was von gewissen Seiten geflissentlich verbreitet wird, daß Bismarck sich mit der unbequemen Thatsache unseres Wahlsieges mit der Redensart abgefunden hat, gegenüber den Deutschfreisinnigen seien die Sozialdemokraten das kleinere Uebel, so versprechen wir ihm, daß er an dem kleinen Uebel seine Freude haben soll. „Unfruchtbare Negation" werden wir nicht treiben. Nahezu 600,000 Reichstagswähler haben der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben, in fast allen größeren Städten des Reichs ist es trotz Ausnahmegesetzes unsere Partei, die entweder dominirt oder bei den Wahlen das entscheidende Wort spricht. Die Gegner fühlen es, sie gestehen es zu, daß Dank ihrer eisernen Disziplin, Dank ihres geschlossenen Zusammenhaltens die Sozialdemokratie ein Faktor im öffentlichen Leben geworden ist, dessen Stimme unter allen Umständen gehört werden muß, und wir sollten das vergessen? O nein, wir wissen es sehr wohl und werden dem entsprechend vorgehen. Wir werden nicht so geschmacklos sein, den Reichstag mit Anträgen zu behelligen, die unter den heutigen Verhältnissen unausführbar sind, ganz gewiß nicht, denn das wäre allerdings das „kleinere Uebel"; wir werden vielmehr ganz realpolitisch vorgehen, so realpolitisch, wie man es nur wünschen kann. Hunderttausende deutscher Arbeiter erwarten von der Sozialdemokratie Wahrung ihrer Interessen, sie sollen sich in dieser Erwartung nicht getäuscht sehen. Der erste Antrag aber, den unsere Abgeordneten einbringen dürften, der den realen Bedürfnissen ihrer Wähler durchaus Rechnung trägt und dessen Schicksal bereits Zeugniß davon ablegen wird, wie weit sich der Reichstag der Bedeutung der sozialistischen Wahlerfolge bewußt ist, dieser Antrag lautet: **Abschaffung des Sozialistengesetzes.**"

— Die auch in unser Blatt übergegangene Mittheilung des „Pirnaer Anzeiger" betreffs einer **Aeußerung**, welche der **Kaiser** gegenüber dem zum deutschen Generalstab nach Berlin kommandirten sächsischen Hauptmann v. Carlowitz über das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei der Reichstagswahl in Sachsen gethan haben sollte, ist **vollständig aus der Luft gegriffen.** Herr v. Carlowitz theilte dies den „Dresdner Nachrichten" mit dem Hinzufügen mit, daß er zwar die Ehre gehabt habe, sich bei dem Kaiser Wilhelm zu melden, derselbe habe aber mit ihm nicht über dergleichen Angelegenheiten gesprochen.

— Dem Reichstag ist bereits heute eine mit angeblich 30,000 Unterschriften versehene Petition eingereicht worden, welche die Erhöhung der Kornzölle in folgender Weise beantragt:

Durchdrungen von der festen Ueberzeugung, daß so niedrige Getreidepreise, wie sie seit Monaten herrschen, ein nationales Unglück für Deutschland sind, indem nicht nur die Landwirthe in ihrer Mehrzahl bei längerer Fortdauer so schlechter Konjunktur ihrem sicheren Untergang entgegen gehen, sondern auch eine Menge anderer Produktiv-Gewerbe, die im Wesentlichen auf den Konsum der Landwirthe angewiesen sind, in deren finanziellen Ruin mit hineingezogen werden müssen, erlauben sich die Unterzeichneten bei einem hohen Reichstag dahin zu petitioniren: Derselbe wolle bei der deutschen Reichsregierung vorstellig werden, die Zölle auf Getreide, gegenüber dem russischen und transatlantischen Import, von Einer Mark per Doppelzentner auf Drei Mark zu erhöhen, und ferner Oelfrüchte, insbesondere Raps, demselben Zollsatz zu unterwerfen.

— Die deutschen **Buchdrucker** sind die ersten gewesen, welche den Beschluß faßten, eine **Reichsunfallgenossenschaft** zu bilden, und einen diesbezüglichen Antrag an das Reichsversicherungsamt gestellt haben. Sie haben jetzt den Wunsch ausgesprochen, auch die erste Generalversammlung abhalten zu dürfen, und voraussichtlich wird die-

selbe vom Reichsversicherungsamte für Ende Dezember oder Anfang Januar einberufen werden.

— Die Sozialdemokraten werden in den ersten Tagen im Reichstage den Antrag einbringen, daß das Inkrafttreten des Krankenkassengesetzes noch etwa um 6 Monate, etwa bis zum 1. Juli 1885, hinausgeschoben werde.

— In der Rede, welche Fürst Bismarck in der Eröffnungssitzung der westafrikanischen Konferenz hielt, betonte derselbe, wie nunmehr bekannt wird, die zwischen Deutschland und Frankreich im Betreff der Ziele der Konferenz und ihres Kompetenzkreises bestehende volle, bis ins Kleinste reichende Harmonie. Der „Polit. Korresp." wird über die Konferenz noch geschrieben:

„Trotzdem Schwierigkeiten, namentlich solche größeren Styles, nicht vorausgesehen werden, glaubt man dennoch der Konferenz eine Dauer von mindestens drei Wochen prognostiziren zu sollen. Es giebt bei jedem der einzelnen Punkte verschiedene Detailfragen zu ordnen, deren Lösung immerhin eine gewisse Zeit erfordert. Dazu tritt der Umstand, daß die Konferenzbevollmächtigten mit geringer Ausnahme alle ständig in Berlin beglaubigt sind, so daß ein Impuls zu einer eiligen Behandlung der Dinge von dieser Seite her fehlt. Man glaubt bei etwa zwei oder drei wöchentlichen Sitzungen die drei Konferenzpunkte etwa bis 10. Dezember, jedenfalls aber vor Weihnachten erledigt zu haben. In allzu subtile Einzelheiten dürfte sich die Konferenz ohnehin nicht einlassen, sondern es gilt als wahrscheinlich, daß die detaillirte Ausarbeitung des Schifffahrtsreglements auf Grund der prinzipiellen Konferenzbeschlüsse irgend einer Spezialkommission anvertraut werden wird."

— Ein reges Interesse für die zoologische Station zu Neapel im deutschen Volke zu erwecken und durch solche Theilnahme die Vermehrung ihrer materiellen Mittel zu erlangen, das bildete den Antrieb zu einem Vortrage, welchen am gestrigen Abend im großen Auditorium der Universität der Leiter des obengenannten wissenschaftlichen Instituts, Herr Professor Dr. Anton Dohrn aus Neapel, vor einer wohl über Tausend zählenden Versammlung von Damen und Herren und in Gegenwart des Kultusministers und vieler Vertreter der Gelehrtenwelt hielt. Um es von vornherein zu sagen: Der Appell, welchen der verdienstvolle Zoologe an die gebildeten und für die Zwecke der Wissenschaft opferwilligen Kreise unserer Nation richtete, hatte zum Zielpunkt, durch öffentliche Beisteuern die Mittel zur Erbauung eines großen zu Studienzwecken eigens eingerichteten Dampfschiffes zu gewinnen. In beredter Begründung seines Antrages wies der Herr Redner darauf hin, daß die große, sich mit jeder Lösung vermehrende Anzahl wissenschaftlicher Probleme auf dem zoologischen Gebiete gebieterisch die Ausdehnung der technischen Hülfsmittel der Station fordere. Er erzählte von den kleinen Anfängen des Unternehmens vor 14 Jahren, dessen Zweck die Beobachtung vom Werden und Treiben der Meeresfauna sei, von der immer wachsenden Ausdehnung des Instituts und seiner Nachahmung unter anderen Völkern und von der thatkräftigen Unterstützung, welche ihm seitens der italienischen Nation zu Theil geworden sei. Nachdem es ihm gelungen, das Interesse der italienischen Behörden für die zoologische Station zu erwecken, habe ihm die Kommune von Neapel 400 Quadrat Meter Bodenfläche in der schönsten Parkgegend zur Erweiterung seines Gebäudes zur Verfügung gestellt. Die italienische Regierung habe als erste Rate für die Baukosten 30,000 Francs in's Budget gestellt, das dortige landwirthschaftliche Ministerium 20 000 Francs und die Provinz Neapel 10,000 Francs bewilligt, und ferner sei der Jahresbeitrag der italienischen Regierung von 13 000 Francs auf 30,000 Francs erhöht worden. Der Dank, den er für diese Unterstützung in Berlin ausspreche, werde bis nach Rom und Neapel dringen.

Was er nun von Deutschland erbitte, sei die Beschaffung eines größeren Dampfschiffes. Die Thierwelt des Meeres lasse sich nicht allein vom festen Lande aus erforschen. Die Beobachtung, wie das Thier im Wasser lebe, die Erforschung seiner Lebens-Bedingungen, seiner organischen Entwickelung und der Zusammenhänge im Leben der Fauna, das Alles lasse sich nur auf einem Schiffe erreichen, mit welchem man bis Afrika fahren könne. Auf einem solchen wäre es möglich, den Meeresströmungen nachzugehen, welche oft eine zahllose Menge uns unbekannter Geschöpfe mit sich führen, von denen man am nächsten Tage keine Spur mehr vorfinde. Mit einem größeren Dampfschiff könne man auch erforschen, bis zu welcher Tiefe die Thierwelt sich verbreite. Mit der Beschaffung des Schiffes sei es indessen allein nicht gethan; auch der Betrieb erfordere jährlich 20- bis 30,000 Francs. Das italienische Marine Ministerium habe jedoch bereitwilligst das Kommando, die Bemannung und den Kohlenbedarf zu liefern versprochen. Das Schiff solle zunächst zur Erforschung des Golfs von Neapel dienen, wo man bisher nicht über 100 Meter Tiefe habe fischen können. Dann handle es sich darum, auf Reisen nach Korsika, Sardinien, Sizilien, ja bis Afrika Monate lang an gewissen Stellen vor Anker liegen zu können.

Einst habe, so erzählt weiter der Herr Redner, ihn der deutsche Kronprinz scherzend gefragt: „Nun, Sie wollen einen neuen Argonautenzug unternehmen?" Und er habe darauf zur Antwort gegeben: „Ja, kaiserliche Hoheit, aber mir fehlt dazu nur noch die „Argo". Nun, diese Argo erbitte er (der Redner) vom deutschen Volke. Nicht allein wissenschaftliche, auch nationale Interessen könne er für seine Sache ins Feld führen. Man habe einst nach unseren Siegen 1871 in einem Kreise von Ausländern prophezeit, es werde nun mit dem deutschen Uebergewicht in der Wissenschaft vorbei sein; unsere Siege würden uns berauschen und uns zu materiellen Interessen hinführen. Die Widerlegung dieser Voraussagung sei eine echt nationale Sache. Auch in der Wissenschaft gebe es einen Kampf ums Dasein. Alle anderen Nationen haben nach dem Vorgange seines Unternehmens in Neapel zoologische Stationen errichtet, Frankreich allein vier; es gelte also, die hervorragende Stellung des deutschen Instituts aufrecht zu erhalten, seine Existenz zu sichern und sie vor Zwischenfällen zu bewahren. Gar zahlreich sei er eingeladen, an anderen Orten derartige Stationen zu errichten; so noch in jüngster Zeit nach Sidney, Melbourne, San Francisco, ja sogar nach Japan. Der Ehrgeiz fremder Nationen bedrohe also auch das Ansehen des deutschen Unternehmens; freilich sei die Bedeutung der wissenschaftlichen Kräfte, welche dem Institut in Neapel zur Seite stünden, so groß, daß ihm darin keine Nation den Vorrang streitig machen könne.

Seinen warmtönigen und beredten Appell an die Bereitwilligkeit der deutschen Nation zur Unterstützung seiner Zwecke schloß der Herr Redner mit den Worten: „Ich erwarte ihr Verdikt! Ich hoffe, Sie sprechen mich frei; oder besser noch, Sie sprechen mich schuldig! Die Schuld will ich mit meinem Danke tilgen!"

Ausland.

Paris, 19. November. Die heutige Londoner Information, daß die Unterhandlungen Lord Granville's behufs friedlicher Beilegung des französisch chinesischen Konfliktes in vollem Gange wären und Aussicht auf prompten Erfolg hätten, hat bis heute Abend keinerlei Bestätigung erhalten. Im Gegentheil wird offiziös behauptet, die betreffende „Havas"-Depesche übertreibe die thatsächlichen Bestrebungen der englischen Diplomatie, von denen man in nächster Zeit ebenso wenig ein Resultat erwarte, wie von den noch immer schwebenden Unterhandlungen des Vertreters Frankreichs in Shangai mit der chinesischen Regierung. Keinenfalls werde man sich durch etwaige Versuche Chinas, die Komödie von Tientsin zu wiederholen, abhalten lassen, militärische Vorkehrungen zu treffen, um sowohl in Tonkin als auch auf Formosa das vorgesteckte Ziel zu erreichen. In der offiziösen Note des „Temps" heißt es überdies bezeichnender Weise, es könne keine Rede von ernstlichen Unterhandlungen sein, bevor nicht die Kammer ein heftiger Zwischenfall erwartet, da Andrieux beabsichtigt, dem Konseilpräsidenten nachzuweisen, daß er die von ihm abgeleugnete Aeußerung in der Budgetkommission, es würden neue Steuern nothwendig sein, dieselben müßten aber bis nach den Neuwahlen verschoben werden, wirklich gethan habe. (Nat.-Ztg.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. November. Ueber die Bedeutung und Auslegung von Bestimmungen in Lebensversicherungsverträgen spricht sich folgende warnende gerichtliche Entscheidung aus: Ein Gesetz, das die bei dem Versicherungsgeschäft vorkommenden Rechtsverhältnisse regelt, besteht zur Zeit noch nicht, weshalb in jedem einzelnen Streitfalle das Rechtsverhältniß zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer allein nach den statutarischen Bestimmungen zu beurtheilen ist, auf Grund deren der Versicherungsvertrag eingegangen worden ist. Geht aus diesen hervor einmal, daß auf Grund jeder absichtlichen oder unabsichtlichen wahrheitswidrigen Angabe in dem Antragbogen der Vertrag für ungültig erklärt werden kann; daß ferner zunächst jede der nach dem Antragbogen zu beantwortenden Fragen für erheblich angesehen werden muß, und daß endlich der Beweis der Unerheblichkeit einer irrigen Angabe dem Versicherungsnehmer obliegt; so kann diesen klaren kontraktlichen Bestimmungen gegenüber die Erwägung nichts ändern, daß der Beweis der einflußlosen Unerheblichkeit einer gemachten Angabe stets ein sehr schwieriger sein wird, und daß die Gefahr eines Versehens bei einer so großen Zahl ins einzelne gehender Fragen, die beantwortet werden sollen, eine sehr große ist. Diese Erwägungen können nur dahin führen, daß es unvorsichtig war, einen Vertrag unter so ungünstigen Bedingungen einzugehen, nicht aber dahin, diesen Bestimmungen, nachdem auf Grund derselben kontrahirt worden, eine andere Deutung zu geben.

— Wir werden ersucht, mitzutheilen, daß der vom königl. Landgericht wegen Ueberschreitung des ihm als Dienstherr zustehenden Züchtigungsrechts am 18. cr. zu 150 Mark Geldstrafe event. 15 Tagen Gefängniß verurtheilte Maximilian Krüger nicht mit dem hier ansässigen, am Dunzig Nr. 6 wohnhaften Zimmermeister Herrn Maximilian Krüger identisch ist. Auch soll ersterer nach Angabe des Letzteren nicht Zimmermeister, sondern Kahnbauer sein.

— Morgen findet im neuen Konzerthause das 2. Elite-Konzert statt. Bei der Großartigkeit des Programms ist wohl zu erwarten, daß den Anstrengungen des Herrn Direktors Albert Schirmer ein reicher Lohn zu Theil würde. Außerdem dürfte aber noch die rühmlichst bekannte Klaviervirtuosin Fräulein Annette Essipoff eine ganz besondere Zugkraft ausüben.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die weiße Dame." Große Oper in 3 Akten. Bellevuetheater: „Der Raub der Sabinerinnen." Schwank in 4 Akten.

Die „Isis", Zeitschrift für alle naturwissenschaftlichen Liebhabereien, herausgegeben von Dr. Karl Ruß (Berlin, Louis Gerschel), enthält in Nr. 47: Zoologie: Fruchtbarkeit der Gayal-Bastarde. — Eierlegende Säugethiere. — Tödtungsmittel für Insekten (Schluß). — Botanik: Die Orobanchen oder Sommerwurz-Arten. — Ueber die zweckmäßigste Hyazinthenzucht. — Einheimische und fremdländische Wasserpflanzen (Fortsetzung). — Naturkalender: Raupen der Nachtfalter (April, Fortsetzung). — Nachrichten aus den Naturanstalten: Hamburg. — Briefliche Mittheilungen. — Jagd und Fischerei. — Mancherlei. — Bücher- und Schriftenschau. — Nachruf. — Anzeigen.

— **Wer ist der Verfasser der „Erinnerungen eines deutschen Offiziers?"** — Diese Frage hat seit Erscheinen des eigenartigen Buches, dessen erste Hälfte bekanntlich unter dem Titel „Aus zwei annektirten Ländern" in Rodenberg's Deutscher Rundschau erschien, zu den verschiedenartigsten Kombinationen geführt und wohl auch viele unserer Leser lebhaft beschäftigt. Wir freuen uns daher, unsere frühere eingehende Würdigung des höchst interessanten Memoirenwerks heute durch die Mittheilung ergänzen zu können, daß demnächst eine zweite unveränderte Auflage unter Nennung des Namens, Julius Hartmann, königl. preußischer Generallieutenant z. D., erscheinen wird. Der Voranzeige der Verlagshandlung entnehmen wir das nachfolgende Vorwort zur zweiten Auflage:

„Die Erinnerungen eines deutschen Offiziers sind mehr besprochen worden, als ich erwartete. Die Einen haben den Verfasser gelobt, Andere haben ihn getadelt. Mehre bemühten sich zu erforschen, wer er sei.

Da ich nun die zweite Auflage mit meinem Namen erscheinen lasse, so bemerke ich, daß die erzählende Person eine erdachte ist. Und dasselbe gilt mehr oder minder von denjenigen, in dem Buche vorkommenden Personen, welche nicht mit ihrem bekannten Namen aufgeführt sind. Ich wollte in novellistischer Form den Zeitraum schildern, wie ich ihn erlebte.

Meine erste Absicht war, zu erzählen, wie sich in dem mir lieben Hannover die verhängnißvollen Ereignisse des Jahres 1866 allmälig bereiteten und wie meine, dennoch überraschten, kernigen Landsleute ihnen begegneten. Als diese Darstellung unter dem Titel: „Aus zwei annektirten Ländern" in der Deutschen Rundschau Beifall gefunden, entschloß ich mich, das ganze Buch zu veröffentlichen, um zu zeigen, wie schwer, aber auch wie lohnend der Uebergang aus der kleinen Heimath in fremde, große Verhältnisse für das Gemüth der Annektirten war und wie beglückt sich Diejenigen fühlten, welche an der Einigung der Nation mitarbeiteten.

Noch manche sind, die ihren engen Standpunkt nicht verlassen wollen und deshalb die Wandelungen der letzten 20 Jahre nicht verstehen. Die Scholle, auf der wir geboren, die Auffassung, in der wir erzogen wurden, haben in unserem Herzen ihre berechtigten Vorzüge; doch stets sollten Deutsche die Liebe zum Reiche darüber stellen."

Vermischte Nachrichten.

— Wie bereits mitgetheilt worden ist, soll auf Beschluß des Berliner Magistrats in der nächsten Zeit, und zwar für jetzt versuchsweise, die Sparkasse an den Sonnabenden von 6 bis 9 Uhr Abends für Einzahlungen und Rückzahlungen geöffnet sein. Zum ersten Male ist dieser Beschluß am Sonnabend, den 15. d. Mts., durchgeführt worden, und zwar mit günstigem Erfolge. Es erschienen nämlich, obwohl der Magistrats-Beschluß noch nicht allgemein bekannt geworden war, in den fünf Abtheilungen 150 Personen, von denen 113 einzahlten, 46 die Einlagen ganz oder theilweise zurückzogen. Der Betrag der Einzahlungen war im Ganzen 9603 Mark, der der Rückzahlungen 1993 Mark. Neue Bücher wurden 32 ausgegeben. Selbstverständlich ist der Kassen-Verkehr an den Vormittagen sehr viel größer; jedenfalls wird aber der Verkehr an den Abenden des Sonnabends noch sehr zunehmen.

— (Eine „Herzensgeschichte".) Es ist eine kurze Geschichte, die den Hauptvorzug hat, daß sie wahr ist. Sie beginnt in einem Konzertsaale. Daselbst lernte — so wird aus Wien geschrieben — der Sohn eines bekannten Advokaten eine vielberühmte Künstlerin kennen. Die Bekanntschaft führte im Laufe weniger Wochen die beiderseits gewünschte Entscheidung herbei; der Sohn des Advokaten verlobte sich, anfänglich sogar gegen den Willen seiner Eltern mit der Dame seines Herzens. Nach einiger Zeit begann die Braut in den Bräutigam zu dringen, er möge vom Katholizismus zum Protestantismus übertreten; sie selbst, bisher eine gute Katholikin, gedenke das Gleiche zu thun. Dieser Wunsch wurde fast mit jedem Tage wiederholt und er kam immer dringlicher zum Ausdruck. Der Bräutigam weigerte sich. Er sehe keinen Grund ein, warum er seinen Glauben abschwören solle, und er suchte seine Braut von ihrem Vorhaben abzubringen. Diese beharrte aber auf ihrem Willen. Sie erklärte, sie könne nicht ruhig in die Ehe treten, wenn ihrem Wunsche nicht entsprochen würde. An einem Abend, als die Verlobten wieder in traulichstem Gespräche beisammen waren und die Braut wieder ihren Herzenswunsch äußerte, bat der junge Mann, sie möge ihm doch den Grund angeben, warum sie auf diesen Religionswechsel so sehr dringe. Da wurde ihm beiläufig folgende Antwort zu Theil: „Die katholische Ehe ist ein Sakrament, sie ist für alle Zeiten unauflöslich. Nun können ja doch in späteren Zeiten einmal Differenzen eintreten, welche es dem einen oder dem anderen Theile räthlich erscheinen lassen, die Ehe aufzulösen. Für einen solchen Fall soll eben Beiden die Möglichkeit gegeben sein, sich wieder verheirathen zu können." Der etwas idealer angelegte Bräutigam machte zu dieser Eröffnung ein etwas verdutztes Gesicht. So prosaisch hatte er sich doch seine Herzensdame nicht gedacht. Tags darauf schrieb er ihr folgenden Brief: „Sie haben sich gestern als sehr vorsichtig gezeigt. Ich aber bin noch vorsichtiger, als Sie. Ich gebe Ihnen heute Ihr Wort zurück und entbinden Sie mich gleichzeitig des meinigen. Besser eine Scheidung vor der Ehe als nachher." Die Herzensgeschichte hatte damit ihr Ende.

Paris, 17. November. (Voss. Ztg.) Der frühere Chef der Pariser Sicherheitspolizei, Maré, hat ein Werk über die Pariser Polizei erscheinen lassen welches vieles Neue bringt und manche bekannte Uebelstände bestätigt; freilich muß man von dem Standpunkte des Verfassers absehen, welcher dem jetzigen Regime nicht besonders hold ist. Maré bestätigt die große Vermehrung der Verbrechen in Paris seit mehreren Jahren; 1875 fanden 30,142 Verhaftungen statt, 1881 waren es schon 45,531 und seither hat eine ununterbrochene Steigerung stattgefunden. Als Ursachen giebt er an: a. die allgemeine sittliche Erschlaffung, welche seit mehreren Jahren eingetreten sei und durch den Umstand bestätigt werde, daß besonders viele junge Leute von 15—20 Jahren sich unter den Verbrechern befänden; b. die allzu leichte Zugänglichkeit der Vergnügungen, besonders die sogenannten Brasseries à femmes (Bierhäuser mit weiblicher Bedienung) seien wahre Pesthöhlen für die Jugend, die dort zu Lastern und Verbrechen angeleitet werde; c. die zahlreichen Freisprechungen und Begnadigungen von Verbrechern, wodurch die Furcht vor Strafen vermindert werde. Hierzu komme die Mißachtung der Autorität, welche besonders von der intransigenten, sozialistischen und anarchistischen Presse systematisch verbreitet werde. Die Beamten seien durch Drohungen und Thätlichkeiten eingeschüchtert, würden auch öfters abgesetzt, wenn die Zeitungen gegen sie vorgingen. Viele Beamten seien untüchtig und nur durch Gönner zu ihren Stellen gekommen. Diese Leute seien ungehorsam, führten die Befehle nur aus, wenn es ihnen genehm sei, drohten den Vorgesetzten mit Klagen bei den Deputirten und Mitgliedern des Gemeinderathes, deren Gunst sie ihre Stellen verdankten. In diesem Punkte dürfte Maré wohl Recht haben, ebenso auch, wenn er nachweist, daß der Sicherheitsdienst vernachlässigt werde, indem die politische Polizei eine um so ausgiebigere Pflege genieße. Geld, Beamten, Maßregeln aller Art, Alles und Jedes werde der politischen Polizei zugewandt. Während 231 Geheimpolizisten genügten, um die rückfälligen Verbrecher zu überwachen, würden nicht weniger als 370 Geheimpolizisten zur Aufsuchung von Nihilisten, Anarchisten und Sozialisten verwandt. Sehr geschickt sind diese politischen Geheimpolizisten keineswegs, oder aber sie haben wirklich wenig zu thun, sonst würden sie nicht einmal auch zwei Detektives verhaftet haben, welche der Londoner Polizeidirektor Williamson hierher geschickt hatte, um nach Feniern zu spüren. Es waren also Kollegen, die sich auf demselben Gebiete trafen. Das Schönste aber ist, daß Maré selbst, während er die Sicherheitspolizei leitete, von der politischen Polizei „beobachtet" wurde. „Auch ich", erzählt er, „wurde überwacht. Der Beamte, welcher mit der Beobachtung meiner Person beauftragt war, brachte es auch dahin, zu entdecken, daß ich mich öfters zu meiner Maitresse begab, welche auf dem Quai de l'Hotel de ville wohnte." Diese angebliche Maitresse aber war Niemand anders als die leibliche Mutter Maré's, welche damals schon die Fünfziger weit überschritten hatte! Danach lassen sich die Leistungen dieser politischen Geheimpolizei ermessen. Man kann anderntheils auch Maré glauben, wenn er erzählt daß viele dieser politischen Geheimpolizisten im Dienste jener berüchtigten Agenturen stehen, welche die Ausspürung und Ueberwachung von Ehefrauen — im Auftrage ihrer Männer und umgekehrt, gegen schweres Geld besorgen. Durch verschiedene Prozesse ist dies gerichtlich bestätigt worden. Im Allgemeinen gewinnt man aus seinem Buch den Eindruck, daß die Pariser Polizei an manchen Uebeln krankt.

— (Aus dem Tagebuch eines hypochondrischen Ehegatten.) Das Unglück bei meiner Frau ist, daß sie so wenig zu thun, und so viel zu sagen hat. — Meine Frau ist sehr gebildet; sie hielt sogar früher öffentliche Vorlesungen; jedoch seit unserer Verheirathung hält sie diese mir nur noch privatim. — Meine Frau ist verschwiegen wie das Grab, das heißt, wie ein Grab mit Grabstein, der Alles sagt.

— Dem Major v. Borell du Vernay, aggregirt dem Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. pommerschen) Nr. 2, zweiter Stabsoffizier der Militärschießschule, ist der königl. Kronen-Orden 3. Klasse verliehen.

— (Triftiger Grund.) Der kleine Karl hat die Unart, wenn er Nachts erwachte, etwas essen zu wollen. Die Mama schalt ihn darüber aus: „Warum fällts denn mir nicht ein, in der Nacht zu essen?" — „Weil Du es nicht kannst," versetzte der kleine Schelm, „denn Du legst, wenn Du Dich niederlegst, die Zähne auf den Nachttisch.

Erste Liebe.

Du nennst mich deine erste Liebe;
Ich weiß nicht, ob das trösten kann.
Denn wenn ich deine einz'ge bliebe —
Was fängst du erst zu zählen an?

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 20. November. (B. T.) Der heute früh fällige Stuttgarter Zug ist verspätet eingetroffen, weil die Briefschaften und Werthpapiere — angeblich im Werthe von zwei Millionen — bei Bietigheim verbrannt sind. Zwei Personen sind verunglückt.

Speier, 20. November. Das Preisgericht für die Beurtheilung der zur engeren Konkurrenz zugelassenen Entwürfe zu einer Gedächtnißkirche der Protestation zu Speier hat den ersten Preis von 2000 Mark den Architekten Flügge und Nordtmann in Essen und den zweiten Preis von 1000 Mark den Architekten Vollmer und Lorenzen in Berlin zuerkannt.

London, 20. November. Bei der gestrigen Wahl eines Unterhausmitgliedes für den Londoner Wahlbezirk Hackney an Stelle des verstorbenen Generalpostmeisters Fawcett wurde Professor Stuart (liberal) mit 14,540 Stimmen gewählt. Der konservative Gegenkandidat Mac Alister erhielt 8534 Stimmen.